



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2009/08546**  
Datum: 17.12.2009  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo  
Plandatum:

| Beratungsfolge | Termin     | Status                     |
|----------------|------------|----------------------------|
| Stadtrat       | 27.01.2010 | öffentlich<br>Entscheidung |

**Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Berichterstattung über Metropolregion**

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, in geeigneter Form den Stadtrat über folgende Sachthemen zu unterrichten:

1. Die Metropolregion Mitteldeutschland – Entwicklungsstand, aktuelle und strategische Zielstellungen, Rolle der Stadt Halle (Saale).
2. Die Hallesche Erklärung von mehreren Städten Mitteldeutschlands – Zielstellungen und aktuelle Entwicklungen.

gez. Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender der Fraktion

### Begründung:

Der Stadtrat hat sich bisher weder mit einem Beschluss, noch mit einer politischen Erklärung zu dem Vorhaben „Metropolregion Mitteldeutschland“ (ursprünglich Metropolregion Halle/Leipzig bzw. Metropolregion Sachsendreieck) geäußert. Die Thematik hat auch in der Ausschussarbeit der letzten 10 Jahre keine Rolle gespielt bzw. ist allenfalls höchstens tangiert worden. Unter [www.halle.de](http://www.halle.de) findet sich ein einziger Eintrag in einer nebensächlichen Angelegenheit. Im Grunde genommen handelt die Oberbürgermeisterin seit Jahren ohne politisches Mandat. Es ist deshalb höchste Zeit, den Stadtrat umfassend zu unterrichten und eine ergebnisoffene politische Meinungsbildung anzuregen. In die Metropolregions-Problematik lässt sich auch die „Hallesche Erklärung“ einer größeren Zahl mitteldeutscher Städte einordnen. Sie ist aber strategisch viel weiter in die Zukunft weisend und deshalb dem Stadtrat zumindest zur Kenntnis zu geben. Unseres Wissens ist die Erklärung im vollen Wortlaut nirgendwo veröffentlicht. Eine Internetsuche ergab, dass nur die Stadt Halberstadt sie auf ihrer Internetseite eingestellt hat. Bei der Internetrecherche stößt man aber auf weitere gleichnamige Erklärungen – so eine nahezu zeitgleich von der Diakonie zu brennenden sozialen Fragen verabschiedete, die eines CDU-Landesparteitages oder einer Jahrestagung der KanzlerInnen der deutschen Universitäten im Jahre 2002.

**Stellungnahme der Verwaltung**

Die Verwaltung beabsichtigt ohnehin, in den nächsten Ausschüssen für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung sowie Ausschuss für Planungsangelegenheiten einen aktuellen Bericht zum Sachstand dieser Thematik zu geben.

Insofern kann auf die Abstimmung verzichtet werden.

Wolfram Neumann  
Beigeordneter